

*An die
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Frau Verena Dunst
Landhaus
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt, am 2. Juni 2022

Selbständiger Antrag

**der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, MMag. Alexander Petschnig, Ilse Benkö auf
Fassung einer EntschlieÙung betreffend konkrete Projekte der Landesregierung für den
Bahnausbau im Burgenland**

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung des Burgenländischen Landtages vom betreffend konkrete Projekte der Landesregierung für den Bahnausbau im Burgenland

Die SPÖ hat am 7. April einen Entschließungsantrag betreffend mehr Investitionen in den Bahnausbau im Burgenland durch die ÖBB eingebracht, welcher in der Landtagssitzung am 5. Mai behandelt wurde. Darin wird auf das Regierungsprogramm verwiesen, wonach man jeweils einen Verkehrsknotenpunkt im Nord- und Südburgenland und zentrale Umsteigeknoten vorsieht. Die ÖBB soll daher Projekte zur Verbesserung des Schienenverkehrs im Burgenland erarbeiten und umsetzen sowie die Investitionsrate für das Burgenland im Rahmenplan 2020-2027 auf zumindest 3,3 Prozent erhöhen (derzeit beträgt sie 18,7 Milliarden).

Gegen solche Forderungen ist grundsätzlich nichts einzuwenden, wäre es nicht die SPÖ selbst gewesen, welche keine Bestrebungen mehr hatte, auf den Bahnverkehr zu setzen. Während Landeshauptmann a.D. Hans Niessl unter freiheitlicher Regierungsbeteiligung noch versuchte, die 2011 für Personenverkehr eingestellte Bahnstrecke Friedberg-Oberwart zu reaktivieren, wurden diese Bestrebungen von seinem Nachfolger komplett verworfen. Stattdessen hat die amtierende Landesregierung sogar die Schienen der ehemaligen Bahnstrecken Oberschützen-Oberwart und Großpetersdorf-Rechnitz abbauen lassen, um einen überregionalen Radweg zu errichten. Ein solcher Vorgang ist in Zeiten einer „Klimakrise“ höchst bedenklich!

Es verwundert also sehr, wenn sich die SPÖ nun zum Ausbau des Schienennetzes im Burgenland bekennt und selbst im Vorjahr für den Abbau von Gleisen verantwortlich war. Im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem EU-Nachbarstaat Ungarn wäre es nämlich sogar möglich gewesen, die gesamte ehemalige Bahnstrecke Friedberg-Oberwart-Szombathely wieder aufzunehmen. Dazu wurden bereits erfolgversprechende Verhandlungen mit Ungarn auf Regierungsebene geführt, die jedoch von der grünen Verkehrsministerin Leonore Gewessler offenbar nicht weiterverfolgt werden.

Richtig ist, dass die ÖBB ihre Ausgaben für das Burgenland im Rahmenplan 2022-2027 umgehend erhöhen sollte. Lediglich 1 Prozent des Gesamtinvestitionsvolumens sind für ein vor allem im südlichen Teil infrastrukturschwaches Bundesland einfach zu wenig! Allerdings sollte die Landesregierung nun konkrete Projekte vorlegen, wie insbesondere die Reaktivierung der Bahnstrecke Friedberg-Oberwart für Personenverkehr. Durch diesen wichtigen Zubringer könnte auch der notwendige Ausbau der Wechselbahn nach Wien beschleunigt werden. Es kann nicht sein, dass die aktuelle Gesamtverkehrsstrategie einen multimodalen Knoten in einem anderen Bundesland (Steiermark) vorsieht. Wenn man schon überregional denkt, dann braucht es auch eigene Lösungsvorschläge.

Weiters sollte der öffentliche Verkehr in Ballungsräume deutlich mehr umsteigefreie Schnellverbindungen bieten, um den tausenden Pendlern des Burgenlandes, die derzeit ihren PKW für den Weg von der Region in die Zentren der Landeshauptstädte nutzen, ein Angebot

zu machen, welches auch gerne akzeptiert wird. Hierzu ist es unumgänglich, Eisenbahnlinien als zukünftige Entwicklungsachsen auszubauen und eine grundsätzliche Übereinstimmung der Verkehrsplanung mit der Raumplanung sicherzustellen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. selbst konkrete Projekte zum Schienenausbau im Burgenland zu entwickeln und in Verhandlungen mit der Bundesregierung bzw. der ÖBB zu treten, insbesondere betreffend die Reaktivierung der Bahnstrecke Friedberg-Oberwart für Personenverkehr und in weiterer Folge bis nach Szombathely als grenzüberschreitende Bahn; sowie
2. an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge ihr Investitionsvolumen für das Burgenland noch im Rahmenplan 2022-2027 deutlich erhöhen, um die dann ausverhandelten Projekte umsetzen zu können.

Es wird ersucht, diesen Antrag dem Rechtsausschuss zuzuweisen.